

Gemütlich, aber gefährlich

Bundesumweltamt kritisiert in Jahresbericht Trend zu Kaminen und Kachelöfen – Zu viel Feinstaub in Ballungszentren

Kamine und Holzöfen in privaten Haushalten sorgen in wachsendem Maße für gesundheitlich bedenkliche Schadstoffe in der Luft. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundesumweltamt (UBA) in seinem aktuellen Jahresbericht, der gestern in Berlin vorgestellt wurde. SZ-Korrespondent Stefan Vetter hat wichtige Fragen und Antworten zusammengestellt.

Warum sind Holzfeuerungen problematisch?

„Wir Wohlstandsmenschen leisten uns Kamine und produzieren damit Feinstaub“, brachte es Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf den Punkt. In Deutschland sind derzeit etwa 14 Millionen Kamine, Kaminöfen sowie Kachelöfen in Betrieb. Laut Bericht sind sie im Winter für bis zu 25 Prozent der Feinstaubbelastung verantwortlich, was die Auspuffemissionen im Straßenverkehr zeitweilig sogar übertrifft. Zuviel Feinstaub gilt als Ursache

für Atemwegserkrankungen und ein erhöhtes Herzinfarktisiko.

Was empfiehlt das Bundesumweltamt?

„Wir empfehlen Kamine grundsätzlich nicht als Heizquelle“, betonte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. Auch durch geeignetes Brennmaterial ließen sich die Emissionen senken. Gemüht ist abgelagertes, unbehandeltes Holz mit einer Feuchte unter 25 Prozent. Außerdem sollten die Anlagen regelmäßig vor Beginn der kälteren Jahreszeit von einem Fachmann inspiziert werden. Zugleich verwies Krautzberger auf die Gesetzlage, wonach ab 2015 schrittweise strengere Grenzwerte für die sogenannten Kleinf Feuerungsanlagen eingeführt werden. Besonders schadstoffintensive Öfen müssten dann in absehbarer Zeit stillgelegt werden. Hendricks hält darüber hinaus Appelle der Kommunen für angebracht, den Betrieb von Holzöfen bei be-



Ein Feuer im Kamin wärmt nicht nur, es sorgt auch für eine behagliche Atmosphäre. Der Gesundheit kann es allerdings schaden. FOTO: DPA

stimmten Wetterlagen zu reduzieren.

Wie steht es generell um die Luftreinhaltung?

Trotz aller Fortschritte ist immer noch gut jeder dritte Bundesbürger besonders starken Schadstoffbelastungen ausgesetzt. Dabei

handelt es sich vorrangig um jene knapp 30 Millionen Einwohner, die in Ballungsgebieten leben. An rund zwei Drittel aller verkehrsnahen Messstationen überschreite die mittlere jährliche Belastung mit Stickstoffdioxid den EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter zum Teil erheblich,

heißt es in dem Bericht. Autos, Lastkraftwagen und Busse sind für den Ausstoß von 37 Prozent der schädlichen Stickstoffoxide und 16 Prozent der Feinstaubpartikel-Emissionen verantwortlich.

Haben sich „Umweltzonen“ bewährt?

Ja, sagt das Bundesumweltamt. Die auf den Euro-Abgasnormen beruhenden Plaketten, die zum Befahren einer Umweltzone berechtigten, hätten sich dann als erfolgreich erwiesen, wenn die Zonen groß und darin konsequent nur Fahrzeuge mit grüner Plakette zugelassen seien. So zeigten Daten aus Berlin, dass die dortige Umweltzone besonders den schädlichen Dieselrußanteil im Feinstaub gesenkt habe. Allerdings räumt das Umweltbundesamt eine sinkende Bedeutung solcher Zonen ein, weil „die Zahl der Fahrzeuge ohne grüne Plakette erfreulicherweise stetig abnimmt“.

Wo sieht das Bundesumweltamt Regelungsbedarf?

UBA-Chefin Krautzberger lobte zwar die ab 2015 geltenden, schärferen Abgasstandards für Autos (Euro 6). Aber insgesamt seien sie noch nicht ausreichend. Bei der Feinstaubbelastung empfahl sie, den von der WHO vorgegebenen Grenzwert von 20 Mikrogramm pro Kubikmeter zum Maßstab zu nehmen. Der geltende EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm sei bereits 15 Jahre alt und nur als „Einstieg“ gedacht gewesen. Umweltministerin Hendricks ging darauf nicht direkt ein. Stattdessen erinnerte sie daran, dass Deutschland seinen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent senken wolle und damit „zehn Jahre ehrgeiziger“ sei als die EU, die dieses Ziel erst für 2030 anpeilt.